



Sonderbericht 2021

Handlungsorientierte
Sozialberichterstattung Niedersachsen

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie
auf die Arbeitsfelder der
Freien Wohlfahrtspflege

LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Zur Online-Ausgabe des Anlagenberichts

(erleichtert den Zugang zu den im Text angegebenen Links)



Impressum:

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW)

Text: Johanna Wolthusen

Fachliche Begleitung: Fachausschuss Pflege und Gesundheit
Fachausschuss Tageseinrichtungen für Kinder
Fachausschuss Behindertenhilfe
Fachausschuss Jugendhilfe
Fachausschuss Familienhilfe
Fachausschuss Soziale Dienste mit den Expertenkreisen
 Schuldnerberatung
 Betreuungsrecht
 Straffälligenhilfe
 Wohnungslosenhilfe
Fachausschuss Migration und Integration
Fachausschuss Engagement und Ehrenamt

Titelblatt: HSBN Niedersachsen 2021 (Statistikteil)

Inhalt

Vorwort	4
1. Einleitung	5
2. Soziales Zusammenleben und Zusammenhalt	6
3. Problemlagen in den Arbeitsfeldern und daraus abgeleitete Handlungsbedarfe	7
4. Erfahrungsberichte aus der Praxis	14
5. Fazit	18

Vorwort

Seit 2014 veröffentlicht die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) einen Anlagenbericht zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen (HSBN).

Die LAG FW hat in dieser Zeit zu unterschiedlichen Themen, wie z.B. zur Situation von Alleinerziehenden, wohnungslosen Menschen oder zur Situation von Menschen mit Behinderung, neben Zahlen und Fakten auch konkrete Beschreibungen der Lebenslagen in Niedersachsen erstellt. Damit erfüllt die LAG FW eine zentrale Zielsetzung der HSBN, ergänzend zu den statistischen Daten die Situation der Menschen zu beschreiben und damit auch Möglichkeiten zur Verbesserung aufzuzeigen.

Diese Berichterstattung und damit die Kombination der Daten und Fakten aus dem statistischen Landesamt mit den Erkenntnissen und Beobachtungen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege ist beispielgebend für regionale Berichte.

Auch für das Jahr 2021 war zunächst wieder ein fachlicher Bericht vorgesehen, aber aufgrund der weiterhin vorherrschenden und zum Teil die fachlichen Themen dominierenden Corona-Pandemie haben wir uns für die Herausgabe des vorliegenden Sonderberichtes entschieden.

So erhalten Sie anstatt eines ausführlichen Berichtes zu einem fachlichen Thema in diesem Jahr eine Situationsbeschreibung der verschiedenen Gebiete

sozialer Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege in Zeiten der Pandemie. Dabei kann es sich lediglich um eine Momentaufnahme handeln, der häufig subjektive Einschätzungen zugrunde liegen und die damit keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat. Der diesjährige Bericht beruht auf Umfragen und Rückmeldungen aus den unterschiedlichen Fachausschüssen der LAG FW, um ein möglichst breites Bild der Situation der vielfältigen Fachdisziplinen aufzuzeigen.

Dieses „Blitzlicht“ und vor allem die Praxisbeschreibungen zeigen aber eines deutlich: Durch die Pandemie haben sich für Menschen in prekären Lebenslagen die Lebensumstände tendenziell verschlechtert. So zeigen auch unterschiedliche Studien, dass die Corona-Krise die soziale Ungleichheit und die Polarisierung in unserer Gesellschaft verschärft hat.

Unser Bericht macht aber nicht nur auf Probleme aufmerksam, sondern zeigt insbesondere auch deutlich, dass in den sozialen Diensten die Digitalisierung einen enormen Schub erfahren hat.

Wir würden uns sehr freuen, wenn die Erkenntnisse aus dem vorliegenden Bericht Anknüpfungspunkt für weitere politische Entscheidungen sein können.

Herzlich

Ihr

Hans-Joachim Lenke

1. Einleitung

Seit März 2020 beeinflusst die Corona-Pandemie das Leben aller in einem zuvor nicht vorstellbaren Maße. Sie wirkt sich stark auf zahlreiche Lebens- und Arbeitsbereiche aus, verändert das Miteinander, hebt die Schwächen in unserer Gesellschaft hervor und bringt die sozialen (Unterstützungs-)Strukturen an ihre Grenzen.

Zwar haben zahlreiche Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld, Kinderbonus und Wirtschaftshilfen vorerst den ganz harten wirtschaftlichen Aufprall für die Menschen und auch für die Einrichtungen und Dienste der sozialen Arbeit abgefedert. Dennoch wurden die gesellschaftlichen Ungleichheiten durch die Corona-Krise verschärft und es zeigt sich, dass das soziale Netz an manchen Stellen löchriger ist als von Vielen angenommen.

So wird nicht nur die Gesellschaft durch die Pandemie auf eine harte Probe gestellt, sondern auch die soziale Infrastruktur kommt vielerorts an ihre Grenzen. Über Jahre und Jahrzehnte aufgebaute und damit selbstverständliche Arbeits- und Organisationsstrukturen mussten zu Beginn der Pandemie neu gedacht werden. Dabei standen die Mitarbeitenden in der Sozialen Arbeit auch vor der Pandemie schon vor komplexen Herausforderungen.

Die einzelnen Arbeitsgebiete haben sich so gut es ging auf die Pandemiesituation eingestellt.

Dort, wo es möglich war, fanden zum Beispiel die Beratungen vermehrt in digitalen Formaten statt. Kernelement der Sozialen Arbeit ist aber das Gespräch mit den Menschen. Es gab und gibt darum viele Bereiche in der Sozialen Arbeit, in denen Home-Office und digitale Beratung und Betreuung gar nicht möglich sind oder das Klientel darüber nicht erreicht werden kann. Hier mussten schnellstmöglich neue (Betreuungs-)Strukturen und Hygienekonzepte geschaffen und da-

mit auch Aufgaben übernommen werden, die originär nichts mit der eigentlichen Tätigkeit zu tun hatten. Gerade zu Beginn der Pandemie erschwerte der Mangel an Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln diese Umstellung noch mehr. Viele Bereiche stehen immer noch vor der Herausforderung, trotz verstärkter Hygieneauflagen, wie Maskenpflicht, Abstandsregelungen etc., eine gleichbleibende gute Betreuungs- und Beratungsarbeit zu leisten, um damit den eigenen Qualitätsansprüchen an eine gute Arbeit für und mit Menschen gerecht zu werden.

Die folgenden Schilderungen und Folgerungen aus den einzelnen Arbeitsfeldern der Freien Wohlfahrtspflege sind eine Momentaufnahme aus der Arbeit der Fachausschüsse der LAG FW. Sie haben damit selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Eines zeigte sich dennoch sehr deutlich:

Die Sicherungssysteme waren in der Pandemie vor allem dort besonders widerstandsfähig, wo etablierte Strukturen schon vor der Krise bestanden.

2. Soziales Zusammenleben und Zusammenhalt

Die Freien Wohlfahrtsverbände setzen sich mit ihren unterschiedlichsten Angeboten und Dienstleistungen für eine Stärkung des sozialen Zusammenlebens und den Zusammenhalt der Gesellschaft ein. Sie erkennen Not in der Gesellschaft und begegnen ihr mit menschlicher und professioneller Hilfe. Dazu gehört auch, unbequeme Tatsachen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben. Sie sind gleichzeitig Arbeitgeber, Dienstleister, politische Interessenvertreter und sozialer Anwalt für schwache Bevölkerungsgruppen. Der benachteiligte Mensch steht dabei im Mittelpunkt ihres Handelns. Nur wenn alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigt und mitgenommen werden, kann den vielfältigen Problemstellungen durch die Pandemie, aber auch den großen grundsätzlichen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Digitalisierung und dem Demografischen Wandel begegnet werden und ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben erhalten bleiben.

Handlungsbedarfe

- Für die Bewältigung der sozialen und gesellschaftlichen Spätfolgen der Corona-Krise braucht es eine intakte und stabile soziale Infrastruktur. Die Wohlfahrtsverbände sind für die postpandemischen Herausforderungen ein wichtiger Teil der notwendigen Hilfs- und Unterstützungsangebote. Diese Strukturen müssen stabilisiert und in ihrer Finanzierung verstetigt werden, damit sie ein dauerhafter Baustein in einem subsidiären System sein können.
- Die soziale Infrastruktur muss gestärkt, die Sicherungssysteme müssen armuts- und krisenfest gemacht und wo nötig, noch ausgebaut werden. Nur mit einer aktiven Sozial- und Gesellschaftspolitik kann der Spaltung unserer Gesellschaft entgegengewirkt werden.

- Die Lasten der Krise müssen gerecht verteilt werden. Die finanzpolitischen Herausforderungen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie erfordern auch einen Diskurs über die Verteilung des Steueraufkommens, um so einen gesellschaftlich fairen Ausgleich zu ermöglichen.
- Unter den jetzigen Umständen Finanzmittel im Sozialen und bei Bildung zu kürzen, gefährdet aus Sicht der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die vorhandenen Hilfesysteme und -strukturen und führt zu einer Vernachlässigung der Menschen mit ihren individuellen Problemen. Dies ist nicht nur für die betroffenen Menschen schwierig und häufig dramatisch, es gefährdet auch den sozialen Frieden, gesellschaftliche Teilhabe, unser demokratisches Gemeinwesen und damit letztlich auch die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land.
- Die Freie Wohlfahrtspflege bietet bereits jetzt überlasteten Familien oder Menschen in finanziellen Nöten, Älteren, Menschen mit Migrationsgeschichte und Frauen in Notsituationen Hilfe und Unterstützung. Die Beratungsstellen sind gut miteinander vernetzt, so dass verschiedene Unterstützungsangebote ineinandergreifen und eine ganzheitliche Lösung angestrebt werden kann. Diese gilt es, auch weiterhin entsprechend zu unterstützen.
- Für eine gute Zukunft unserer Gesellschaft, für Teilhabe und Chancengerechtigkeit und für ein soziales Miteinander braucht es öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur. Nur so können die Herausforderungen gemeinsam für ein soziales und gerechtes Niedersachsen gemeistert werden. So lange zu sparen, bis wieder das Vor-Krisenniveau erreicht ist, wird nicht die Lösung sein können, sondern schwerwiegende Folgen haben – und langfristige Kosten verursachen. Die staatliche Investitionsquote muss auch in Niedersachsen deutlich steigen.

3. Problemlagen in den Arbeitsfeldern und daraus abgeleitete Handlungsbedarfe

Bei einem Blick in die einzelnen Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege wird deutlich, dass die Pandemie in allen Bereichen zu weitreichenden Einschnitten und zunächst auch Einschränkungen in der alltäglichen Arbeit geführt hat und sich sowohl die Mitarbeitenden als auch die in all den Handlungsfeldern betreuten Personen sowie die Ehrenamtlichen zügig und flexibel auf die neuen Bedingungen und Herausforderungen einstellen und einlassen mussten.

Diese besonderen Herausforderungen haben auch C. Buschle und N. Meyer in ihrem Beitrag, der auf einer bundesweiten Online-Befragung von Beschäftigten in der Sozialen Arbeit beruht, bereits im Juni 2020 herausgestellt.¹ Festgestellt wurde darin unter anderem, dass die Pandemie zu einer immensen Arbeitsverdichtung geführt hat und dass die so wichtige Kommunikation mit den betreuten Personen erschwert wurde sowie verändert werden musste. Auch die Kommunikation mit anderen Institutionen und Kolleg*innen wurde stark beeinflusst und musste entsprechend angepasst werden.

Diese Faktoren stehen auch in den Rückmeldungen der unterschiedlichen Arbeitsbereiche der LAG FW zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die praktische Arbeit im Fokus.

Beratungsangebote

Alle Beratungsangebote der Freien Wohlfahrtspflege haben gemeinsam, dass sie ihre Beratungen nur mit kurzfristigen und aufwendigen Hygienekonzepten sowie durch verschiedene neue, vor allem digitale,

Formate aufrechterhalten konnten. Die Erreichbarkeit von Behörden während der Pandemie, insbesondere der Jobcenter, stellte viele Ratsuchende vor Probleme, die auch bis jetzt anhalten, da viele Behörden weiterhin nicht für den Publikumsverkehr geöffnet haben. Behörden, die für die existentielle Grundversorgung von Menschen zuständig sind, waren nur auf dem digitalen und/oder auf telefonischem Wege erreichbar. Dies stellte Menschen, die weder die entsprechenden sprachlichen noch digitalen Kompetenzen hatten, vor große Probleme. Sie konnten aufgrund dieser Umstände zum Teil nicht mit den Behörden kommunizieren, um ihre Rechte und damit ihre Ansprüche auf existenzielle Leistungen einzufordern.

Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege sind hier kompensierend eingesprungen. Sie haben die Funktion von Anlaufstellen für die Behörden übernommen und wichtige Übersetzungs- und Kommunikationsarbeit geleistet. Soziale Beratungsstellen haben also während der Pandemie eine wichtige Kompensationsarbeit in der Kommunikation zwischen Bürger*innen und Behörden geleistet und damit die Grundversorgung vieler Menschen gewährleistet.

Um die Beratungsarbeit vor Ort auch weiterhin anbieten zu können, mussten in den Einrichtungen umfangreiche Hygienekonzepte mit erhöhten Hygienestandards etabliert und dauerhaft umgesetzt werden, was zu erheblichen Mehrkosten geführt hat.

Um die Beratungsarbeit über digitale Wege umsetzen zu können, mussten die Beratungsfachleute digitale Kompetenzen in der Beratung kurzfristig anwenden, ohne dafür ausgebildet zu sein. Auch die Beratungs-

¹ Soziale Arbeit im Ausnahmezustand?! Professionstheoretische Forschungsnotizen zur Corona-Pandemie, Christina Buschle und Nikolaus Meyer, Juni 2020 (Soziale Arbeit im Ausnahmezustand?! Professionstheoretische Forschungsnotizen zur Corona-Pandemie | SpringerLink, zuletzt abgerufen am 26.08.2021)

stellen waren technisch nicht ausreichend ausgestattet, um die digitalen Beratungsformate anbieten zu können und haben kurzfristig hierauf reagiert. Viele Beratungsstellen haben digitale Beratungsangebote durchgeführt, ohne eine auskömmliche Refinanzierung dieser Beratungsleistung zu erhalten. Dieses Problem trat vor allem bei gesetzlichen Betreuungen, in der Schuldnerberatung, in der Suchtberatung und in der Wohnungslosenhilfe auf.

Besonders zu berücksichtigen sind außerdem jene Bevölkerungsgruppen, denen es sowohl an technischer Ausstattung als auch an digitaler Kompetenz fehlt, um mit Beratungsstellen und Behörden auf digitalem Wege kommunizieren zu können.

Insgesamt hat die soziale Isolation von armen und sozial belasteten Menschen zugenommen und es muss davon ausgegangen werden, dass soziale, gesundheitliche und psychische Problemlagen ansteigen werden.

Handlungsbedarfe

- Ein auskömmliches Netz an vielfältigen sozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten in Niedersachsen muss aufrechterhalten bleiben werden, um in solchen Notlagen staatliches Handeln unterstützen zu können.
- Mehrkosten durch erweiterte Hygienestandards müssen mit in die Vergütung von Beratungsangeboten eingerechnet werden.
- Sowohl die technische Ausstattung als auch digitale Kompetenzen von Beratungsfachkräften bedürfen einer Förderung.
- Digitale Beratungsleistungen müssen refinanzierbar sein, damit sie weiter angeboten werden können.
- Digitale Beratungskompetenz sollte in die Curricula der entsprechenden Studiengänge und Weiterbildungen aufgenommen werden.
- Die Förderung von öffentlichen (analogen) Räumen, in denen der Zugang zu digitalen An-

geboten ermöglicht wird, ist sinnvoll, um den Bedarfen aller Bevölkerungsgruppen, die auch im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes entstehen werden, entsprechend zu begegnen. Die Räume sollten neben der technischen Ausstattung auch die persönliche Beratung und Unterstützung der Nutzer*innen beinhalten.

- Im Kontext des Onlinezugangsgesetzes wird zu klären sein, dass allen Bürger*innen auch analoge Zugänge ermöglicht werden und niemand mangels digitaler Technik oder Kompetenz keine Leistungen erhält. Trotz der zunehmenden Digitalisierung bleiben auch die persönlichen Kontakte wichtig und entscheidend.
- Die Folgen der Pandemie im Hinblick auf Überschuldung, drohenden Wohnungsverlust und Wohnungslosigkeit müssen in den kommenden Jahren in den Fokus gerückt werden.
- Es sollte eine auskömmliche Finanzierung und ein Ausbau von Beratungsangeboten vorgebracht werden, um mit diesen die Auswirkungen der Pandemie zu kompensieren.
- Zukünftig sollte es Beteiligung von fachlicher Expertise im Krisenstab und bei der Erarbeitung von Verordnungen geben.

Soziale Schuldnerberatung

Die einzelnen Problemlagen haben an Komplexität zugenommen und wurden durch Risiken der Überschuldung und finanzieller Engpässe durch Jobverlust, Kurzarbeit oder bei Stundung von Verträgen existenzieller. Die Folgen der finanziellen Belastung vieler Privathaushalte haben zugenommen. Die Problemlagen werden sich aber erst zeitverzögert verschärfen, wenn persönliche Kompensationsmöglichkeiten der Haushalte aufgebraucht sind. Da sich die Problemlagen in der Schuldnerberatung immer erst zeitverzögert zeigen, wird auch die Nachfrage nach Schuldnerberatung entsprechend später steigen. Viele Schuldnerberatungsstellen waren allerdings schon vor der Pandemie mehr als ausgelastet.

Handlungsbedarf

- Das Angebote an sozialer Schuldnerberatung als wichtige Stütze muss erhalten und, wenn möglich, weiter ausgebaut werden.
- Es braucht ein Recht auf kostenlose soziale Schuldnerberatung für alle, denn nicht alle Zielgruppen haben derzeit Zugang hierzu und durch die Pandemie nehmen die Problemlagen weiter zu.

Migrationsberatung

Einen zunehmenden Beratungsbedarf verzeichnen die Migrationsberatungsstellen beispielsweise bei Fragen zu Aufenthaltssicherung und -verlängerung oder zu eingeschränktem Familiennachzug in Pandemiezeiten. Coronabedingte finanzielle Engpässe können zu Schwierigkeiten mit dem Aufenthalt oder gar zu Abschiebungen führen. Für die betroffenen Personen nehmen damit psychische Belastungen durch Verunsicherung, Isolation, Vereinsamung sowie Ohnmachts- und Angstgefühle zu.

Für die zugewanderten Kinder und Jugendlichen ist Homeschooling eine besondere Herausforderung, egal ob sie in Erstaufnahmeeinrichtungen, kommunalen Gemeinschaftsunterkünften oder Wohnungen untergebracht sind. Unzureichende pädagogische Unterstützung, mangelnde technische Ausstattung und digitale Kompetenzen, kaum ruhige Rückzugsmöglichkeiten, Sprach- und Verständnisschwierigkeiten – das alles hat zu Bildungsrückschritten beigetragen.

Die Pandemie hat insgesamt zu Defiziten in den Integrationsbiografien geführt, zum Beispiel durch ausfallende Sprachkurse, Kontaktbeschränkungen zur Aufnahmegesellschaft, weniger ehrenamtliche Unterstützung, Jobverluste und Folgeprobleme bei der Aufenthaltssicherung, schwierige Erreichbarkeit von Behörden oder auch den ausgesetzten Familiennachzug. Die Aufarbeitung dieser Defizite wird nur mit einer erhöhten Inanspruchnahme von Beratungen möglich sein.

Handlungsbedarfe

- Die bestmögliche und möglichst auch schnelle Verteilung von Familien aus Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen sollte erfolgen, um dort zusätzliche Bildungs- und Unterstützungsmaßnahmen (Freizeitangebote, Sprachförderung, digitale Kompetenz, Nachhilfe, psych. Unterstützung) für die Kinder und Jugendlichen anzubieten, die schon vor der Pandemie Bildungslücken und Schwierigkeiten mit selbständigem Lernen hatten.
- Die Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen haben oft die fehlende Hilfestellung anderer Einrichtungen und Behörden kompensiert und sind schon jetzt mit großem Beratungsbedarf konfrontiert, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch verstärken wird. Kürzungen der Fördermittel innerhalb der Beratungsarbeit sind damit nicht vereinbar.

Suchthilfe

Auch im Bereich der Suchthilfe sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie vielfältig und stark ausgeprägt. So mussten in den Suchthilfeeinrichtungen offene Sprechstunden entfallen und die Akutbehandlung insgesamt sowie Präsenzsprechstunden und Gruppenangebote reduziert werden. Hierbei nahm die Digitalisierung der Angebote zu.

Die gebotene Kontaktreduzierung beziehungsweise -vermeidung wirkte sich negativ auf die psychische Gesundheit der Klient*innen aus und ging mit einer größeren Rückfallgefährdung einher. Es gestaltete sich schwieriger, Klient*innen zu stabilisieren, da strukturgebende und stützende Außenkontakte weggefallen sind.

Der Alkoholkonsum beispielsweise hat in der Pandemie im häuslichen Bereich erheblich zugenommen. Daraus resultierend muss von einer häufiger auftretenden Gewalt in Familien ausgegangen werden. Auch ein exzessiver Medienkonsum wird noch weiter

angestiegen sein. Dadurch werden Spätfolgen der Pandemie sich teilweise erst Jahre später zeigen und es ist dann von einem erhöhten Beratungs- und Behandlungsbedarf auszugehen.

Handlungsbedarf:

- Die vielfältigen Angebote der Suchthilfe müssen erhalten bleiben und stabilisiert werden.
- Die technische Ausstattung zum Ausbau der digitalen Angebote und Erfordernisse müssen finanziert werden.
- Für Menschen in prekären Lebenssituationen müssen die digitalen Zugänge gesichert oder analog gewährleistet bleiben.

Familien

Während der Pandemie konnten viele Angebote für Familien (Familienbildung, Elternberatung, Spielgruppen, ...) nicht stattfinden und die zur Kompensation eingerichteten digitalen Angebote fingen viele (insbesondere junge) Eltern nicht auf. So konnten beispielsweise zu wenige digitale Angebote vorgehalten werden, um die Arbeit von Familienzentren und Familienbildungsstätten aufrecht zu erhalten.

Die bereits zuvor belasteten Familien wurden durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie noch stärker gefordert und meist gab es kein breites Netz, das diese Familien auffing.

Gewalt gegen Frauen hat in dieser Zeit zugenommen und es muss davon ausgegangen werden, dass Existenz- und Zukunftssorgen sowie finanzielle und psychosoziale Belastungen verstärkt wurden. Die soziale Isolation, das ständige Zusammenleben auf engem Raum, finanzielle Sorgen, Stress und Aggressionspotential in Familien rückten stärker in den Fokus der Beratungsarbeit. Das gesamte Ausmaß wird vermutlich erst nach der Pandemie deutlich werden und die Spätfolgen für Familien werden noch lange Zeit nach der Pandemie kompensiert werden müssen.

Handlungsbedarfe

- Beratungs- und Schutzangebote für Frauen müssen ausgebaut werden, um den steigenden Bedarf zu decken.
- Der Bau von bezahlbarem Wohnraum für Alleinerziehende muss gefördert werden.
- Der Ausbau digitaler Angebote für Familien durch Förderung der digitalen Ausstattung von Familienzentren, Familienbildungsstätten und Mehrgenerationenhäusern muss vorangebracht werden.

Ehrenamt und freiwilliges Engagement

Zum Schutz der Engagierten, der Zielgruppen des ehrenamtlichen Engagements oder zur Verringerung der Ausbreitung des Virus im Allgemeinen sind zeitweise Einsatzfelder des freiwilligen Engagements komplett weggebrochen. Dabei wurde deutlich, dass sich vor allem ältere Menschen aus ihrem ehrenamtlichen Engagement zurückgezogen haben.

Gleichzeitig stieg in einzelnen Teilbereichen das Engagement in großem Umfang an und neue Formen der Zusammenarbeit sind im Sozialraum entstanden. Diese neuen Formen der Zusammenarbeit oder verstärkt sozialräumliche Ansätze mit Angeboten von kurzfristigen Einsatzmöglichkeiten werden ein mehr an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit erforderlich machen.

Handlungsbedarfe

- Es bedarf einer Förderung des Aufbaus neuer Ehrenamtsstrukturen.
- Der Ausbau intensiver Servicebegleitung von Ehrenamt ist notwendig, um auf die veränderten Strukturen reagieren zu können.

Pflege

Der Arbeitsaufwand ist in den Einrichtungen durch die Pandemie nochmals deutlich gestiegen, unter anderem durch die Organisation und Durchführung der vielfältigen und umfangreichen Schutzmaßnahmen sowie durch den weiter gestiegenen behördlich-verwalterischen Aufwand in Form von Nachweis- und Dokumentationspflichten. Viele Veränderungen und Verschärfungen der regelmäßig angepassten Landesverordnung mussten in den Einrichtungen sehr kurzfristig umgesetzt werden.

Durch die Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie hat sich das soziale Zusammenleben und die Betreuung der Bewohner*innen stark verändert. Es mussten Wohnbereiche abgegrenzt werden, die Kontakte mussten deutlich reduziert werden und Veranstaltungen konnten nicht stattfinden.

Nicht nur für die Bewohner*innen stellte die Situation eine große Belastung und Herausforderung dar, auch für die Pflegekräfte sind die physischen und psychischen Belastungen massiv angestiegen. Das Image des Pflegeberufes hat darunter sehr gelitten. Neue Mitarbeitende im Bereich der Pflege und Betreuung können dadurch noch schwerer akquiriert werden. In der Arbeit mit den Pflegebedürftigen wurden digitale Medien hinzugezogen, um die Kontaktbeschränkungen zumindest teilweise überwinden zu können oder auch Angebote der Telemedizin zu nutzen. Dabei wurde deutlich, dass in den Einrichtungen ein Bedarf an digitalem Equipment und bei den Fachkräften entsprechender Schulungsbedarf besteht.

Handlungsbedarfe

- Die Einrichtungen müssen Krisenpläne für mögliche Infektionsgeschehen etablieren. Zusätzlicher Schulungs- und Fortbildungsbedarf über das Fachwissen zur Hygiene und Prävention wird weiterhin notwendig sein.

- Es besteht die Notwendigkeit einer auch weiterhin ausreichenden Verfügbarkeit von Schutz- und Desinfektionsmaterialien, besonders auch im ambulanten Bereich. Dafür werden Lagerräume auf Dauer benötigt.
- Es besteht ein erhöhter Bedarf an technischer Ausstattung und der Schulung für digitale Formate, u.a. für die Zunahme von telemedizinischer Betreuung.
- Vor allem im ambulanten Bereich müssen die entlastenden und unterstützenden Angebote weiter gestärkt werden. Das Budget der Tagespflege muss als eigenständiges Budget beibehalten werden.
- Es braucht eine Investitionskostenförderung für eine adäquate Bausituation in Pflegeeinrichtungen für kommende Infektionsgeschehen.
- Die Vermeidung von sozialer Isolation und Vereinsamung in den Versorgungssettings, d.h. der ganzheitliche Versorgungs- und Gesundheitsschutzansatz, muss beachtet werden.
- Die Belastung der pflegenden Angehörigen muss im Blick behalten werden.
- Eine konstruktive Fehlerkultur muss institutionalisiert werden.

Tageseinrichtungen für Kinder

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die individuellen Bedürfnisse der Kinder immer wieder hinter den Pandemieerfordernissen zurückstehen mussten. Dies führte zu einer erhöhten Belastung von Kindern, Eltern und der Mitarbeitenden und Leitungskräften in den Einrichtungen.

Vor allem die fehlenden Kontakte zu den Eltern und Kindern, die die Kita nicht besuchen durften, waren eine große Herausforderung, auch, da die meisten Einrichtungen (noch) nicht über die entsprechenden digitalen Ausstattungen verfügten.

Der Umgang mit vulnerablen Gruppen unter den Mitarbeitenden hat ferner zu höheren Ausfallquoten

geführt. Auch wenn die Einrichtungen schnellstmöglich Maßnahmen ergriffen haben, um die Mitarbeitenden in den Kitas bestmöglich vor einer Ansteckung zu schützen, waren sie der Pandemie eine Zeit lang ohne Schutz ausgesetzt. Denn von Kindern im Kita-Alter kann nicht erwartet werden, dass sie sich an Abstandsgebote halten. Auch trotz der Impfungen und Testungen wird es weiterhin die Herausforderung sein, hier geeignete und zielführende Schutzmaßnahmen zu finden bzw. beizubehalten.

Nicht zu vernachlässigen ist auch die physische und psychische Belastung der Mitarbeitenden durch die Schutzmaßnahmen. Sie wurde noch weiter dadurch verstärkt, dass über eine lange Zeitspanne nur in begrenztem Umfang pädagogische Angebote umgesetzt werden konnten, die für die Entwicklung der Kinder wichtig sind. Pädagogische Arbeit war zeitweise nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

Handlungsbedarfe

- Es wird eine zusätzliche Förderung vor allem für die Kompensation der verpassten Bildungschancen der Kinder notwendig sein.
- Es besteht ein Bedarf an digitaler Ausstattung in den Einrichtungen und ein entsprechender Schulungsbedarf der Mitarbeiter*innen.
- Es müssen mehr Fachkräfte ausgebildet werden, um den Personaleinsatz in den Tageseinrichtungen für Kinder insgesamt zu erhöhen.
- Testungen und Impfangebote müssen in den Einrichtungen aufrechterhalten bleiben, um den Schutz der Mitarbeitenden auch weiter gewährleisten zu können.

Behindertenhilfe

Die Schließung von verschiedenen Angeboten in kürzester Zeit und die Notwendigkeit, trotzdem die Unterstützung der betreuten Menschen weiterhin zu sichern, stellte die größte Herausforderung für die Ein-

richtungen und Dienste dar. In den unterschiedlichen Angeboten, wie heilpädagogischen Kindertagesstätten, Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Tagesförderstätten, mussten zum Beispiel Notbetreuungen eingerichtet werden, in Wohnstätten mussten tagesstrukturierende Unterstützungsangebote organisiert werden, ambulante Leistungen mussten in anderer Form erbracht werden. Dabei herrschte gerade zu Beginn der Pandemie eine große Unsicherheit, welche alternativen Formen der Leistungserbringung rechtlich möglich sind und auch finanziert werden. Um die gewohnte Arbeit wiederaufzunehmen oder weiterführen zu können, war ein großer Aufwand notwendig, um entsprechende Hygienekonzepte zu erarbeiten, umzusetzen und die jeweils aktuellen Vorgaben des Landes zu berücksichtigen.

Handlungsbedarfe

- Es bedarf zusätzlicher (auch finanzieller) Unterstützung, um die vorhandenen Angebotsstrukturen beibehalten zu können, da davon auszugehen ist, dass sich die körperliche und psychische Konstitution vieler Menschen mit Beeinträchtigungen als Folge der Pandemie verschlechtern wird. So sollten bspw. beim ambulant betreuten Wohnen die Stunden im Gesamtplanverfahren erhöht werden.
- Wichtig für die Unterstützung sind insbesondere die niedrigschwelligen Angebote im Sozialraum. Diese müssen auskömmlich finanziert werden. Hierzu zählt zum Beispiel auch die Beibehaltung der Richtlinie zur Förderung von Familienentlastenden Diensten (FED).
- Die Digitalisierung bietet Chancen zum Abbau von Barrieren in der Kommunikation, wenn Ansätze der leichten Sprache als universelles Design konsequent mitgedacht werden. Das erfordert hinsichtlich der Ausstattung und des Schulungsbedarfes aller Beteiligten auch eine entsprechende Förderung.

→ Bei der Umsetzung des BTHG darf es durch die Folgen der Pandemie nicht zu Einsparungen auf Kosten der Menschen mit Beeinträchtigung kommen und vertragliche Regelungen müssen zeitnah umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Jugendhilfe

Kinder und Jugendliche waren durch die (Teil-)Schließung von Krippen, Kitas und Schulen sowie zentralen Freizeitangeboten und die Kontaktbeschränkungen ganz wesentlich in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Grundlegende Erfahrungs- und Sozialisationsprozesse konnten, wenn überhaupt nur sehr eingeschränkt erlebt werden. So sind die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche unübersehbar, äußerst vielfältig und stellen alle Bereiche der Jugendhilfe vor große Herausforderungen. Die Kinder und Jugendlichen leiden unter anderem unter dem Verlust der Tagesstruktur, fehlenden sozialen Kontakten, weniger Möglichkeiten für die Entwicklung von sozialen und emotionalen Kompetenzen, unsicheren Zukunftsperspektiven und damit verbunden auch Versagensängsten.

Insbesondere in der stationären Jugendhilfe mussten zahlreiche Rahmenbedingungen angepasst werden. Dabei haben sich sowohl der Betreuungs- und Personalaufwand als auch die Belastungen der Mitarbeiter*innen deutlich erhöht. Zunehmend werden auch die Folgen innerhalb der zu betreuenden Familien deutlich und müssen z.B. mit Hilfe der ambulanten Jugendhilfe aufgearbeitet werden. Erschwerend kommen die fehlenden Therapieplätze für Kinder und Jugendliche hinzu. Auch in der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit sind erhöhte Bedarfe zu erkennen. Durch die Pandemie haben sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt und die Schwierigkeiten im Übergang von der Schule in den Beruf verstärkt. Dies betrifft insbesondere benachteiligte junge Menschen.

Grundsätzlich haben auch im Bereich der Jugendhilfe die Digitalisierung und damit die Kontakte über digitale Wege zugenommen.

Handlungsbedarfe

- In der Jugendhilfe wird eine zusätzliche Förderung für die Ausstattung der Einrichtungen und die Schulungen der Mitarbeitenden für die notwendig gewordenen digitalen Prozesse erforderlich sein.
- Dem großen Nachholbedarf der Kinder und Jugendlichen muss Rechnung getragen werden. Dies ist nur mit ausreichenden Fachkräften in den sozialen Berufen möglich und betrifft alle Bereiche – von offener Jugend(verbands-)arbeit über ambulante und (teil-)stationäre Angebote und die Jugendsozialarbeit bis hin zum Ausbau der therapeutischen Möglichkeiten.
- Projekte von kurzer Laufzeit sind nicht ausreichend. Es braucht vielmehr langfristige Strukturen, die insbesondere benachteiligte oder beeinträchtigte Kinder und Jugendliche unterstützen und stärken.
- Es bedarf einem Ausbau und einer Stärkung der Unterstützungsangebote der Jugendsozialarbeit. So sollten Mittel bspw. zur gezielten aufsuchenden Arbeit oder niedrigschwellige mobile Angebote im Sozialraum (z. B. angedockt an Jugendwerkstätten und PACE) bereitgestellt werden, damit junge Menschen, die hier in der Corona-Pandemie verloren gegangen sind, (wieder) in dieses Angebot eingebunden werden.
- Die digitalen Chancen der Schüler*innen sind extrem unterschiedlich, oft sind benachteiligte Kinder und Jugendliche von digitaler Armut betroffen. Bei weiteren Einschränkungen muss zukünftig dringend berücksichtigt werden, dass benachteiligte junge Menschen Zugänge benötigen wie z. B. zu WLAN oder Endgeräten, aber auch zu qualifizierter Begleitung durch Fachkräfte.

4. Erfahrungsberichte aus der Praxis

Noch greifbarer werden die Auswirkungen der Pandemie bei einem Blick in die konkrete Praxisarbeit vor Ort. Nach einem Blick auf die Ebene der Einrichtungen anhand von stationären Pflegeeinrichtungen, soll der Fokus besonders auf die Auswirkungen für die Betreuten und Beratenen gerichtet werden. Denn sie sind es, die letztendlich die wirtschaftlichen und privaten Folgen bewältigen müssen, bestenfalls mit Hilfe der gut aufgestellten und etablierten Betreuungs- und Beratungsstrukturen vor Ort. Dafür werden im Folgenden Beispiele aus der Kindertageseinrichtung, von Schuldnerberatungsstellen sowie Migrationsberatungsstellen vorgestellt. Alle Praxisbeispiele werden von Zitaten von Betroffenen und Fachkräften untermauert.

4.1. Praxisbericht stationäre Pflegeeinrichtungen

Für Erfahrungen aus der Praxis in stationären Pflegeeinrichtungen wurden insbesondere Einrichtungsleitungen um Rückmeldung zu vier kurzen Fragen gebeten, um einen Einblick in die größten, allem voran strukturellen Herausforderungen im Umgang mit der Pandemie zu erhalten. Es wurde lediglich ein kleiner Kreis befragt, sodass die Antworten nicht repräsentativ sind und kein Anspruch auf Vollständigkeit besteht. Gerade zu Beginn der Pandemie stellte es die Einrichtungen vor große Herausforderungen, die Pflege und Betreuung sicherzustellen:

„Die Aufklärung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden, Bewohner*innen und Angehörigen war und ist die größte Herausforderung. Die Unsicherheit war bei allen Beteiligten groß.“

„Gerade zu Beginn der Pandemie stellte die Materialbeschaffung eine große Herausforderung dar.“

„Es musste eine permanente Abwägung von Gesundheitsschutz und Freiheitsrechten stattfinden.“

Bei allen notwendigen organisatorischen Veränderungen und Anpassungen in den stationären Pflegeeinrichtungen mussten sowohl die Situation als auch die Bedürfnisse der Bewohner*innen im Blick behalten werden. Sie waren den einschränkenden Maßnahmen und den Kontaktreduktionen von einem auf den nächsten Tag ausgesetzt und auf die Mithilfe und Betreuung durch das Personal mehr als zuvor angewiesen. Den veränderten Umgang mit den Pflegebedürftigen beschreiben die folgenden exemplarischen Rückmeldungen:

Nachteilig war nur, dass einige Bewohner*innen, die nicht demenziell verändert waren, mit der Situation sehr schnell „lebensmüde“ und etwas depressiver wurden.“

„Die Beziehungen der Mitarbeitenden zu den Bewohner*innen wurden erheblich intensiviert.“

Die weitreichenden Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für die gesamte Gesellschaft führten auch zu Einschränkungen in der Betreuung der Pflegebedürftigen. Doch wie wirkten diese sich auf betroffene Bewohner*innen aus und führten sie auch zu konkreten Defiziten im Alltag?

„Durch die Medien wurde ein großes Angstgefühl geschürt.“

„Defizite sehe ich nur in der Kontakthäufigkeit mit den Angehörigen. Die Mitarbeitenden haben sich extrem engagiert für die Bewohner*innen eingesetzt.“

„Der Großteil der Angebote wurde coronakonform umgesetzt, sodass bei der Betreuung nur wenige Defizite oder Einschränkungen zu Tage „traten.“

Auch wenn die Pandemie für alle überraschend kam und mit zuvor nicht gekannten, sehr kurzfristigen Herausforderungen einherging, gibt es inzwischen doch klare Vorstellungen, was es für die Bewältigung der Pandemie braucht:

„Hilfreich wären weniger unterschiedliche Informationen aus verschiedensten Kanälen (Verbände, Kommunen, Ämter, ...) und mehr einheitliche Vorgaben für Verwaltungshandlungen.“

„Wir wünschen uns eine klare Linie der Politik!“

„Pflegeheime sind keine Orte des Sterbens, sondern Orte von sinnfüllender Lebens- und Arbeitsgestaltung!“

„Wir brauchen eine großflächige und umfangreiche Kampagne, die Pflegeberufe als sinnstiftende und erfüllende Tätigkeit der Öffentlichkeit präsentiert.“

4.2. Praxisbericht Tageseinrichtungen für Kinder

Bei einem Blick in den Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder wird deutlich, dass sich viele Familien mit ihren Kindern über ein Jahr zu Hause in einem „Corona-Chaos“ befanden. Viele Eltern, Kinder und Fachkräfte in den Kitas haben unter den ständig wechselnden Corona-Auflagen und Rahmenhygieneplänen des Landes für die Kitas gelitten. Über die Hälfte der Kindergartenkinder haben aufgrund der Hygieneauflagen ihre Kindertagesstätte nicht besuchen können, was deren Eltern erschwerte, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Eltern waren teilweise gezwungen, neben der Arbeit im Homeoffice, auch die Betreuung ihrer kleinen Kinder zu übernehmen und für ältere Kinder das Home-Schooling zu begleiten.

Es gab großen Unmut bei den Eltern und Kitas darüber, welche Familien zu den so genannten „systemrelevanten Berufsgruppen“ gehörten, deren Kinder die Kita weiter besuchen durften. Für die Kitas bedeutete diese Auswahl eine große Herausforderung und brachte die Fachkräfte mancherorts in Erklärungsbedrängnis und sie mussten sich sogar heftiger verbaler, unverscholter Kritik stellen.

Die Fachkräfte waren in der Kita, bis zur Möglichkeit der Impfung, dem Corona-Virus nahezu ungeschützt durch den engen körperlichen Kontakt mit den Kindern ausgesetzt, denn Kita-Kinder können dauerhaft keinen Mindestabstand halten. Es kam durchaus auch zu Erkrankungen und sie mussten sich in die häusliche Quarantäne begeben.

Viele Kitas mussten wegen der Erkrankung an Covid-19 von einzelnen Kindern und Fachkräften teilweise oder ganz mehrere Wochen schließen. Auch sind viele Fachkräfte aufgrund der eigenen Vulnerabilität bis heute kaum einsetzbar oder fallen aufgrund von Long-Covid-Symptomen nach Erkrankung langfristig aus, sodass mancherorts der Dienstbetrieb aufgrund des marktbedingten Fachkräftemangels nur schwer

aufrechterhalten werden kann und somit zu weiteren Betreuungseinschränkungen führt.

Aber auch einzelne positive Aspekte, die die Pandemie mit sich gebracht hat, sollten nicht außer Acht gelassen werden:

„Seit gut einem Jahr tobt bei uns zu Hause das Corona-Chaos. Meine Söhne, 5 und 2 Jahre alt, haben mittlerweile die Auflagen der Politik mindestens genauso satt wie mein Mann und ich.“

„Da hat man auch als Mama schon mal schnell einen Kloß im Hals ...“

„Nach drei Tagen Quarantäne stand mein Kita-Kind weinend an der Tür, weil er so gerne hinauswollte.“

„Die um 50 % kleinere Gruppe in der Kita hat beiden Kindern in ihrer sozial-emotionalen Entwicklung unheimlich gutgetan.“

„Corona hat uns als Familie zusammengeschweißt.“

tungskosten nicht mehr in gewohntem Maße tragen konnten. Als ein Resultat ist die Anzahl der Privatinsolvenzen bereits stark angestiegen. Da sich die Auswirkungen im Bereich der Schuldnerberatung immer erst zeitverzögert zeigen, wird diese Anzahl auch weiterhin noch merklich ansteigen. Dabei sollte insbesondere berücksichtigt werden, dass mit einer Überschuldung häufig auch soziale und gesundheitliche Probleme der Betroffenen einhergehen oder durch Schuldenprobleme noch weiter verschärft werden. Ein gutes Netz an Schuldnerberatungsstellen ist somit ein bedeutender Faktor gegen die verschiedenen vorhandenen Problemlagen und für die Bewältigung der Pandemie-Folgen für die betroffenen Menschen.

„Ein ohnehin knappes Budget der Betroffenen führte zu Zahlungsverzug und dadurch wurde eine Schuldenspirale in Gang gesetzt.“

„Durch Kurzarbeit verringerte sich sein Einkommen um 300 € im Monat. Eine Katastrophe, wenn man eh schon jeden Euro zweimal umdrehen muss.“

„Ziel muss eine Soziale Schuldnerberatung für alle sein!“

„Inzwischen fordern bei vielen Menschen Inkassounternehmen die offen gebliebenen Beträge ein, was zu einer weiteren Erhöhung des Schuldenberges führt.“

4.3. Praxisbericht Soziale Schuldnerberatung

Bereits vor der Pandemie waren die Schuldnerberatungsstellen mehr als ausgelastet und betreuten eine Vielzahl von Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen von Überschuldung betroffen waren. Durch die Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie kamen verstärkt Gründe für eine neue oder weitreichendere Verschuldung hinzu. Kurzarbeit, die über längere Zeit andauernde Schließung der Gastronomie und anderer Einrichtungen brachte viele Menschen in existenzielle Nöte, sodass sie ihre Lebenshal-

4.4. Praxisbericht Migrationsberatung

Auch die Migrationsberatungsstellen haben im Verlauf der Pandemie eine Zunahme des Beratungsbedarfes mit noch komplexeren Problemlagen und psychischer Belastung aller Beteiligten verzeichnet. Eine der größten Herausforderungen war dabei die schwierige Erreichbarkeit der Behörden. Probleme entstanden zum Beispiel besonders bei dringenden Anliegen bei der Ausländerbehörde, um beispiels-

weise weiter beschäftigt werden zu können, oder bei Meldeangelegenheiten in den Bürgerämtern, um die weiteren Integrationsschritte für die ganze Familie zu ermöglichen. Grundsätzlich sind die Aufenthaltstitel immer dann gefährdet, wenn der Lebensunterhalt nicht mehr gesichert ist, was in der Pandemie auch besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund betroffen hat. So öffnet sich durch die Pandemie auch hier die Schere zwischen Armut und Reichtum immer weiter. Bei den Kindern mit Migrationshintergrund hat der Lockdown noch verheerendere Auswirkungen auf ihre Bildungschancen, da sie oft materiell deutlich schlechter ausgestattet sind. Teilhabe, Partizipation und Integrationserfolge werden durch die beschriebenen Missstände, wie bspw. die fehlenden Angebote, weiter reduziert.

„Die Mitwirkung bei der Beschaffung von Ausweispapieren war während der Pandemie sehr schwierig, da die Behörden nur schwer ansprechbar waren.“

„Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die Erreichbarkeit der Behörden weiter verschlechtert.“

„Wir nehmen keine interkulturelle Öffnung in den Behörden wahr.“

„Kinder mit Migrationshintergrund hatten es im Homeschooling deutlich schwerer als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund.“

„Viele Betroffene haben aufgrund der fehlenden digitalen Ausstattung gar keinen Zugang zu den Behörden.“

5. Fazit

Unsere Ausführungen zeigen, wie stark beansprucht alle Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege in ihrer alltäglichen Arbeit waren und sind. Für alle Mitarbeitenden steht bei ihrer Tätigkeit das Wohl der zu betreuenden und zu beratenden Menschen im Fokus. Doch dieser Fokus hat sich besonders zu Beginn der Pandemie verschieben müssen. Prioritär musste der Infektionsschutz der Mitmenschen gewährleistet werden, was zeitweise zu einer Eingrenzung des zuvor bestehenden Beratungs- und Betreuungsangebotes geführt hat.

Neben der praktischen Umorganisation zur Weiterführung ihrer Tätigkeiten mussten die Mitarbeitenden Aufgaben übernehmen, wie die Beschaffung von Hygiene- und Schutzmaterialien oder die Erstellung und Umsetzung von Hygienekonzepten, was sie wiederum vom eigentlichen Fokus ihrer Arbeit zeitweise abhielt. Auch die Kontakte unter den Mitarbeiter*innen wurden durch die umgestellten Organisations- und Arbeitsabläufe stark verändert und herausgefordert, weil die persönliche Vernetzung oftmals fehlte.

Aber auch für die Klient*innen, zu Beratenden und zu Betreuenden hat die Pandemie zu in Gänze unbekanntem Auswirkungen auf ihr alltägliches Leben und ihre Unterstützungsstrukturen geführt. Sie mussten sich sowohl privat als auch wirtschaftlich großen und zum Teil ihnen bis dahin unbekanntem Herausforderungen stellen, die nicht immer allein bewältigt werden konnten und können. Auch wenn allerorts versucht wurde, allen Betroffenen schnellstmöglich weiterhin Betreuungs- und Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen und – wo möglich – sie über neue Kommunikationswege zu erreichen, wird dies nicht überall und in Gänze möglich gewesen sein und der persönliche Kontakt fehlte. Es bleibt abzuwarten, wie sich dies nachhaltig auf das Leben und die Problemstellungen der Betroffenen sowie auf die zukünftige Beratung und Betreuung der Menschen auswirken wird und inwie-

fern eine längere Begleitung notwendig sein wird.

Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass die Bewältigung der Folgen der Pandemie noch Jahre dauern wird und die sozialen Unterstützungsstrukturen in der Zeit in allen Bereichen stark und vermehrt in Anspruch genommen werden. Dafür müssen die Beratungsstellen und Einrichtungen technisch und personell gut aufgestellt sein und unterstützt werden. Es bedarf insbesondere zusätzlicher Förderungen für die Einrichtung und die Etablierung der notwendigen digitalen Infrastruktur und die Qualifikation der Mitarbeitenden.

Es hat sich auch gezeigt, dass die digitalen Zugangshürden zu behördlichen Leistungen für einige Bevölkerungsschichten zu hoch sind. Es fehlt vielen Menschen an zeitgemäßer Ausstattung, Sprachkenntnissen und notwendigem Know How zur Nutzung verschiedener digitaler Tools.

Das Ziel muss es sein, das Soziale neu zu denken, um die Langzeitfolgen der Pandemie bestmöglich aufzuarbeiten und abzufedern. Die (soziale) Gesellschaft gilt es so zu stärken, dass sie sich wieder annähert und ein weiteres Auseinanderdriften der verschiedensten gesellschaftlichen und sozialen Gruppen verhindert wird. Denn nur bei Anstrengung aller und mit gemeinsamem Handeln können eine solche Pandemie mit ihren zahlreichen Einschränkungen und Auswirkungen sowie die Folgen für die vielen betroffenen Menschen und Bereiche überwunden werden.



www.lag-fw.nds.de

**Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.**

Gruppenstraße 4, 30159 Hannover

Tel.: 05 11 - 85 20 99 . Fax: 05 11 - 2 83 47 74

E-Mail: info@lag-fw-nds.de